

„Haushalt der Erneuerung“

Heftiger Schlagabtausch bei erster Lesung des Etatentwurfs für 2008

Gesamtausgaben von 50,8 Milliarden Euro umfasst der Haushaltsplanentwurf für 2008, den Finanzminister Dr. Helmut Linssen (CDU) zur ersten Lesung eingebracht hat (Drs. 14/4600). Der Entwurf sieht bei steigenden Steuereinnahmen eine Nettoneuverschuldung von 1,99 Milliarden Euro vor. Gleichzeitig wurde von den Abgeordneten das Gemeindefinanzierungsgesetz (Drs. 14/4602) beraten, das Innenminister Dr. Ingo Wolf (FDP) vorstellte. Wie üblich nutzten die Oppositionsfraktionen die Debatte für eine Generalabrechnung mit der Politik der Landesregierung. Das Koalitionslager seinerseits sah angesichts der Schuldenlage des Landes keine Alternative zum eingeschlagenen Konsolidierungskurs.



Finanzminister Dr. Helmut Linssen (CDU, vorn) und Innenminister Dr. Ingo Wolf (FDP)

Finanzminister Dr. Helmut Linssen (CDU) bekannte sich zum Abbau des Schuldenbergs in Höhe von 118 Milliarden Euro im Rahmen einer verantwortungsbewussten Haushaltspolitik. „Eine Konsolidierung ist machbar“, betonte der Minister. Dazu will er die Nettoneuverschuldung schrittweise auf Null reduzieren, die sei im kommenden Jahr noch mit zwei Milliarden Euro veranschlagt: „Das ist immerhin der niedrigste Stand seit dem Jahr 1977“, unterstrich Linssen und warnte davor, angesichts der gegenwärtigen guten Konjunkturlage die Konsolidierung des Landeshaushalts zu vernachlässigen: „Die Spendierhosen bleiben weiterhin im Schrank.“ Es gebe noch genügend strukturelle Haushaltsrisiken, so die Steigerung bei den Versorgungsausgaben. Die Zinsen für die aufgenommenen Landesschulden müssten auch nicht so niedrig wie im Moment bleiben. Für Investitionen im kommenden Jahr sind 4,7 Milliarden Euro vorgesehen, eine Steigerung von 3,2 Prozent im Vergleich zum Vorjahr. Die Mittel sollen vor allem der Finanzierung von Zukunftsaufgaben in den Bereichen Bildung, Familie und Wirtschaft zugute kommen. Linssen rief die Parlamentarier zur Unterstützung seiner Haushaltspolitik auf: „Wenn wir jetzt Kurs halten, können wir es schaffen, unser Land mit einer dauerhaft tragfähigen Finanzpolitik wieder nach vorne zu bringen.“

Innenminister Dr. Ingo Wolf (FDP) begann seine Einbringung des Gemeindefinanzierungsgesetzes (GFG) mit „drei guten Nachrichten“: Der Steuerverbund sei mit 7,3 Milliarden zehn Prozent höher als 2007. Der Verbundsatz bleibe bei 23 Prozent, es gebe keine Abrechnungen mehr. Im Sinne des Schwerpunkts Bildungspolitik werde die bisherige Schulpauschale zur Schul- und Bildungspauschale weiterentwickelt und mit 540 Millionen Euro ausgestattet – 80 Millionen mehr als im Jahr zuvor. Der Minister räumte ein, dass die kommunale Finanzlage

immer noch angespannt sei, besonders in den 110 Städten und Gemeinden, „die sich ohne ein genehmigtes Haushaltssicherungskonzept in der vorläufigen Haushaltswirtschaft befinden.“ Was das Volumen des Steuerverbunds angehe, „so ist die Talsohle aus rot-grüner Regierungszeit endgültig verlassen“. Im kommenden Jahr stünden 7,3 Milliarden Euro zur Verfügung – 650 Millionen mehr als 2007. „Das ist wahrlich eine gute Botschaft für unsere Kommunen.“ Zusammenfassend stellte Wolf fest: „Das GFG 2008 ist transparent und fair abgewogen. Die Finanzausstattung der Kommunen wird sich durch die Zuweisungen des GFG 2008 erheblich verbessern.“

Hannelore Kraft, SPD-Fraktionsvorsitzende, hielt der Landesregierung einen „falschen Kurs für Nordrhein-Westfalen“ vor. Der Entwurf zeige die Widersprüche der Politik von Ministerpräsident Jürgen Rüttgers. So verspreche die Landesregierung mit dem Kinderbildungsgesetz (KiBiz) mehr Geld für Kinder, andererseits habe sie seit 2006 nicht weniger als 156,9 Millionen Euro bei den nordrhein-westfälischen Kindergärten gekürzt. „Die Kinder sind die Leidtragenden Ihres Schlingerkurses“, meinte sie zum Ministerpräsidenten und kritisierte, dass die Investitionen für den Ausbau der Ganztagsgrundschulen reduziert worden seien. „Sie erhöhen die Bildungspauschale und tun so, als gäbe es frisches Geld für die Schulen. Aber gleichzeitig senken sie die Investitionspauschale im Gemeindefinanzierungsgesetz ab, aus denen die Kommunen hauptsächlich ihre Schulen finanzieren.“ Das alles sei eine „Politik nach dem Prinzip: linke Tasche – rechte Tasche“. Der Finanzminister habe erneut sein Versprechen gebrochen, alle Mehreinnahmen vollständig in den Abbau der Neuverschuldung zu stecken. 500 Millionen Euro der erwarteten Steuereinnahmen sollten stattdessen zur Finanzierung höherer Ausgaben verwendet werden. Die Vorsitzende bescheinigte der Landesregierung: „Mit jedem Haushalt, den Sie verabschieden, wird klarer, dass Sie nicht halten, was Sie versprechen.“

Helmut Stahl, CDU-Fraktionsvorsitzender, sah die Haushaltspolitik der Landesregierung im Einklang mit den Menschen in NRW. Er fuhr fort: „Bis 2005 hat Rot-Grün Geld verbrannt. Die Menschen aber wollen, dass mit ihrem Geld sorgsam und solide umgegangen wird.“ Als Beispiel für eine verantwortungsbewusste Haushaltspolitik nannte er den Ausstieg aus der Steinkohlesubventionierung. Weitere Erfolge von Schwarz-Gelb: Unter Ministerpräsident Rüttgers seien 3.000 neue Lehrerstellen geschaffen worden. Jedes fünfte Kind unter drei Jahren in Nordrhein-Westfalen werde bald einen Betreuungsplatz in Anspruch nehmen können – zu Zeiten von Rot-Grün sei das nicht einmal jedes 35. Kind gewesen. Zum Landespersonalvertretungsgesetz sagte er: „Anders als in privatwirtschaftlichen Unternehmungen stoßen sich im staatlichen Hoheitsbereich die Gestaltungsrechte der Politik mit den Ansprüchen der öffentlich Bediensteten.“ Dann stellte er klar: „Wir sind Vertreter des Volkes. Personalvertreter – so wertvoll ihre Arbeit ist – sind Vertreter



Ministerpräsident Jürgen Rüttgers (CDU)

ihrer Beschäftigungsgruppen.“ Am Ende zeigte sich Stahl überzeugt, dass die Bevölkerung des Landes den Konsolidierungskurs der Regierung trage: „Die Menschen wollen weiter den Weg der Erneuerung unseres Landes gehen – mit Jürgen Rüttgers, mit dieser Landesregierung, mit dieser Koalition der Erneuerung.“

Dr. Gerhard Papke, Fraktionsvorsitzender der FDP, sicherte dem Finanzminister „jede Form der Unterstützung“ beim Konsolidierungskurs zu. Er sagte voraus: „Wenn wir weiterhin so

Haushaltseckdaten (in Milliarden Euro)

	2008 (Haushaltentwurf)	2007 (inklusive Nachtrag)	2006 (Ist)
Haushaltsvolumen	50,8	50,1	47,8
Steuereinnahmen	41,1	39,9	37,0
Nettoneuverschuldung	1,99	2,34	3,24
Investitionen	4,67	4,52	4,35
Zinsausgaben	4,84	4,68	4,63
Personalausgaben	19,3	19,7	18,6

Quelle: Finanzministerium NRW



Früchte unserer Anstrengungen ernten.“ Die Wirtschaft in Nordrhein-Westfalen wachse so stark wie seit Jahren nicht mehr. Der Exportmotor laufe mit deutlich gestiegenen Ausfuhrer rund. Vom Ausbau der Ganztagschulen bis hin zur fortgesetzten Verwaltungsmodernisierung fasste der Regierungschef die wichtigsten Reformvorhaben seiner Regierung zusammen. Kritik übte er an Plänen der nordrhein-westfälischen SPD zur Einführung einer Gemeinschaftsschule im Land: „Die Realisierung dieser Pläne würde bedeuten, dass hunderte Schulen ihre Türen schließen müssten und die bisherigen Real- und Gesamtschulen aufgelöst werden.“ Oppositionsführerin Kraft warf er vor, seine Regierungspolitik „durch Verdrehungen und Verfälschungen“ schlecht reden zu wollen. Zu möglichen Koalitionsüberlegungen der SPD mit der Linken auf Landesebene sagte Rüttgers: „Ich sehe keine linke Mehrheit in Deutschland. Auch nicht in Nordrhein-Westfalen.“ Zu Verkaufsplänen der angeschlagenen Westdeutschen Landesbank (WestLB) unterstrich er, dass man sich nicht unter Zeitdruck setzen lasse. Finanzminister Linssen werde weiter Gespräche mit Investoren führen. Die Interessen der Bank und des Finanzplatzes Nordrhein-Westfalen sollten dabei gewahrt bleiben.

konsequent sparen, und sich die Konjunktur auch weiterhin so vorteilhaft entwickelt, dann gelingt uns ein ausgeglichener Haushalt vielleicht schon im Jahr 2010.“ SPD und Grüne hätten ein „haushaltspolitisches Trümmerfeld“ hinterlassen. „Wenn wir den Schuldenberg von 118 Milliarden Euro in 20-Euro-Scheinen aneinanderreihen, dann würde diese Strecke mit Sicherheit einmal von der Erde bis zum Mond und wieder zurückführen“, rechnete der FDP-Politiker vor. Den Vorschlägen der SPD erteilte er eine Absage, da es keine Vorschläge zur Gegenfinanzierung gebe. Papke verteidigte die Pläne, die wirtschaftliche Betätigung kommunaler Betriebe im Zuge einer reformierten Gemeindeordnung Grenzen zu setzen: „Wir dürfen nicht weiter zulassen, dass Staatsbetriebe den mittelständischen Unternehmen im Land die Aufträge wegnehmen.“ Sein Versprechen am Schluss: „Die FDP steht auch zukünftig für Freiheit vor Gleichheit und Privat vor Staat.“

noch neue Schulden in Höhe von 2,6 Milliarden Euro in Anspruch genommen. „Sie sind mit der Koalition 2005 mit 110 Milliarden Euro gestartet. Jetzt sind Sie zwei Jahre danach schon bei fast 117 Milliarden angekommen“, wandte sich die Politikerin an den Finanzminister und fügte an: „Die Landesregierung hat mit der Politik der vergangenen Monate ihren Offenbarungseid gegenüber ihren Wahlversprechen abgelegt.“

Sylvia Löhrmann, GRÜNE-Fraktionsvorsitzende, bescheinigte der Landesregierung, bereits nach zwei Regierungsjahren die Bodenhaftung verloren zu haben. Dem Ministerpräsidenten prophezeite sie: „Wenn Sie weiterhin eine Politik gegen die Mehrheit machen, dann werden Sie scheitern!“ Konzeptionslosigkeit allerorten: „Statt den geplanten Abbau der Mitbestimmung im öffentlichen Dienst zu überdenken, werden die Protestierenden beschimpft und verunglimpft“, erläuterte sie und fuhr fort: „Statt Ihr verkorkstes Kindergartengesetz zu überdenken, täuschen Sie die Öffentlichkeit mit unsauberen Rechenbeispielen und Vergleichsdaten.“ Obwohl der Entwurf Mehreinnahmen in Höhe von sieben Milliarden Euro vorsehe, würden den-

Ministerpräsident Jürgen Rüttgers (CDU) war ganz anderer Meinung: „Wir können die ersten

Gisela Walsken (SPD) sah auch in diesem Haushalt keine der Ankündigungen von Schwarz-Gelb aus dem Herbst 2005, kurz nach Übernahme der Regierungsverantwortung, umgesetzt. Damals sei versprochen worden, jeden zusätzliche Steuereuro zum Schuldenabbau zu verwenden. Ein strikter Sparkurs sollte gefahren, Personal abgebaut werden. „All diese Sätze sind vergessen“, kritisierte die haushaltspolitische Sprecherin der SPD-Fraktion

Einzeletats (in Milliarden Euro)

	2008	2007	2006
Landtag	0,092	0,093	0,095
Ministerpräsident	0,280	0,266	0,251
Innen	4,377	4,250	4,086
Justiz	3,321	3,222	3,164
Schule und Weiterbildung	12,668	12,627	12,580
Innovation, Wissenschaft, Forschung und Technologie	5,277	5,192	5,129
Wirtschaft, Mittelstand und Energie	1,118	0,980	1,033
Umwelt, Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz	0,758	0,766	0,907
Arbeit, Gesundheit und Soziales	2,964	3,115	2,801
Finanzen	1,778	1,765	1,760
Landesrechnungshof	0,037	0,036	0,036
Bauen und Verkehr	2,980	2,973	3,144
Generationen, Familie, Frauen und Integration	1,368	1,291	1,293
Allgemeine Finanzverwaltung	13,801	13,506	12,150

Fotos: Schälte



und nannte die Sätze, die stattdessen nach ihrer Ansicht den Haushalt kennzeichnen. Das sei zum einen das Kriterium „Konsumieren statt Konsolidieren“. Dann werde mit dem Etatentwurf der höchste Schuldenstand erreicht – „wer hier von Schuldenabbau redet, ist einfach nicht redlich.“ Dann gebe es ohne Zutun der Regierung acht Milliarden Euro mehr an Steuern; aber Schwarz-Gelb nutze dieses zusätzliche Potenzial nicht, um den Haushalt zu sanieren, Schulden abzubauen und ein politisches Zukunftskonzept vorzulegen. Dieser Haushalt, so Walsken am Schluss, sei ein Etat der „Koalition der Enttäuschung und der vergebenen Chancen“.

Hendrik Wüst (CDU) riet im Gegenzug, die Nettoneuverschuldung der letzten Haushalte von Rot-Grün gegen die der vier schwarz-gelben Haushalte zu legen: „Wir sind mit Ihrem Vermächtnis von sechs Milliarden Euro Nettoneuverschuldung drangekommen, heute sind es zwei Milliarden. Das sind veritable Zahlen, mit denen man arbeiten kann.“ Die SPD-Chefin Kraft lasse in ihrer Rede wieder dasselbe Muster erkennen. Wüst umschrieb es so: „Mit viel Getöse wird als Tiger gestartet und am Ende unsanft als Bettvorleger gelandet.“ Als Beispiele nannte der Abgeordnete die Haltung der SPD zur Steinkohle, die Unternehmenssteuerreform und die Position zum Aufbau Ost. Wenn man sich gegen die Folgen der Wiedervereinigung stelle, dann mache es auch durchaus Sinn, sich mit der Nachfolgearbeit des SED/PDS zusammenzutun, ergänzte der Abgeordnete. Das neue Schulkonzept der Einheitsschule – der erste Versuch einer inhaltlichen Alternative – sei nichts als „alter Wein in neuen Schläuchen“. Das werde in ländlichen Bereichen ein Schulsterben auslösen, sagte Wüst voraus. „Alles, was Sie planen, sind Schulfabriken mit über 1.000 Schülern. Sie stehen für Schulfabriken. Wir stehen für individuelle Förderung und für wohnortnahe Schulversorgung, insbesondere im ländlichen Raum.“

Angela Freimuth (FDP) räumte ein, der Weg zur Konsolidierung sei mit diesem Haushalt nicht abgeschlossen, „aber wir haben einen ganz wichtigen und wesentlichen Schritt getan: Wir haben die Nettokreditaufnahme deutlich gesenkt. Wir sind wieder auf dem Niveau eines verfassungskonformen Haushalts. Das war zu Ihrer Zeit nicht mehr der Fall“, rief sie Rot-Grün ins Gedächtnis zurück. Zurzeit rede man darüber, ob

es einen ausgeglichenen Haushalt 2010 oder schon 2009 geben könne. Haushaltskonsolidierung sei ein mühsames Geschäft – angesichts der Tatsache, dass Rot-Grün 116 Milliarden Euro Schulden hinterlassen habe und in Anbetracht des Umstands, dass 98 Prozent der Ausgaben aufgrund dauerhafter rechtlicher Verpflichtungen gebunden seien. Konsolidierung sei auch kein Selbstzweck, denn jeder Euro, mit dem Schulden zurückgezahlt werden, mache langfristig mehr als einen Euro frei, „den unsere Kinder zukünftig ausgeben können“. Die Zukunft der Kinder haben bei FDP und CDU hohe Priorität, fügte die Abgeordnete an und betonte Bildung als Schwerpunkt im Haushalt. Die haushaltspolitische Sprecherin der Liberalen warb für ein Verschuldungsverbot in der Landesverfassung und einen neuen Investitionsbegriff, der nicht nur die Aufwendungen für Straßenbau, Infrastruktur und Krankenhäusern umfasst, sondern im Haushaltsrecht auch die Investitionen für Bildung und Ausbildung abbildet.

Ewald Groth (GRÜNE) warf der Koalition vor, trotz „gigantischer Mehreinnahmen“ stiegen die Schulden weiter an – auf 120 Milliarden Euro Ende nächsten Jahres. Der Abgeordnete wollte wissen: „Wo aber ist die versprochene Umkehr geblieben?“ Das Land falle wirtschaftlich zurück, derweil versuche Schwarz-Gelb, den Menschen einen Aufschwung zu suggerieren, obwohl NRW in der wirtschaftlichen Entwicklung hinter den anderen Bundesländern zurückfalle. Die Wahrheit sei: „Es geht wirtschaftlich bergab, und die Schulden steigen weiter an.“ Die Regierung spare nicht, sondern nehme nur mehr ein. Und wenn sie spare, dann „nur auf Kosten anderer, der Kommunen und durch kontinuierliches Brechen von Wahlversprechen“. Der Abgeordnete wertete das so: Diese Landesregierung habe nach der Wahl 2005 blühende Landschaften versprochen „und ist jetzt in den Niederungen der Realpolitik gescheitert“. An die Koalition gewandt sagte er: „Sie haben die Situation des Landes durch eigenes Zutun jedenfalls nicht verbessert, sondern Sie haben sie verschlechtert.“ Statt eines Schullehens für alle Kinder würden die Schlachten der Vergangenheit geführt: „Das wird uns in Nordrhein-Westfalen nicht voranbringen.“

Rüdiger Sagel (fraktionslos) urteilte, der Haushaltentwurf sei sozialpolitisch und ökolo-

gisch nicht zu verantworten. „Sie machen eine knallharte Klientelpolitik“, meinte er zu CDU und FDP. Trotz gigantischer Mehreinnahmen steige die Verschuldung weiter an. Er forderte eine deutlich stärkere Umverteilung der Lasten und ein solidarisches Steuersystem. „Von tatsächlicher Haushaltskonsolidierung kann keine Rede sein“, so sein abschließendes Verdikt.

GEMEINDEFINANZIERUNGSGESETZ:
„NEUE FREIHEITEN“ ODER „RAUBZUG“?

Ralf Jäger (SPD) warf dem Innen- und dem Finanzminister vor, sie setzten ihren „Raubzug durch die Kassen der Kommunen unverfroren fort“ – und das, obwohl die Steuerquellen in NRW ohne eigenes Zutun sprudelten.

Rainer Lux (CDU) fand, die Koalition habe mit dem GFG unter Beweis gestellt, dass sie ein „verlässlicher Partner der Kommunen“ sei. Die verteilbare Finanzausgleichsmasse steige im Vergleich zum Vorjahr um 650 Millionen Euro bei gleichzeitiger Beibehaltung des Verbundsatzes von 23 Prozent.

Horst Engel (FDP) betonte, der Entwurf biete den Kommunen neue Freiheiten. Insgesamt werde der schon mit dem GFG 2006 und 2007 eingeschlagene Erfolgskurs fortgeführt: „Vorrang für Schlüsselzuweisungen, Steigerung der Investitionszuschüsse und Konstanz bei den Sonderzuschüssen.“

Horst Becker (GRÜNE) bescheinigte der Regierung kommunalfeindliches Verhalten: „Adiere ich die strukturellen Effekte und Lastenverschiebungen aus den letzten Jahren mit dem, was Sie für das GFG 2008 vorsehen, kommen wir strukturell für jedes Jahr in der Summe auf 1,1 Milliarden Euro, die Sie den Kommunen entziehen.“

Daten zur Gemeindefinanzierung

(in Klammern Veränderung gegenüber Vorjahr/
Angaben in Euro)

Zuweisungen 7,3 Milliarden (+650 Millionen)

Schlüsselzuweisungen 6,3 Milliarden (+560 Millionen)
davon für

- Gemeinden 4,9 Milliarden
- Kreise 737 Millionen
- Landschaftsverbände 617 Millionen

Schulpauschale/Bildungspauschale 540 Millionen
(+80 Millionen gegenüber bisheriger Schulpauschale)

Investitionspauschalen 454 Millionen (+6,5 Millionen)

Pauschale Bedarfszuweisungen 24,5 Millionen
(+2,1 Millionen)

Sportzuweisungen 50 Millionen (unverändert)

Verbundsatz 23 Prozent (unverändert)